

## **Stellungnahme**

des VSHEW – Verband Schleswig-Holsteinischer  
Energie- und Wasserwirtschaft

ZU

Antrag der Fraktion der SPD;

Ausstiegsplan aus dem Einsatz von Glyphosat jetzt!, Drucksache 19/291

Fragen Umdrucke 19/488, 19/506, 19/511

Reinbek, 16.02.2018

## **I. Einleitung**

Der VSHEW vertritt in Schleswig-Holstein gut 40 mittelständische Stadt- und Gemeindewerke in den Sparten Energie, Wasser/Abwasser, Entsorgung sowie Breitbandversorgung. Sie bieten ihre umfangreichen Dienstleistungen sicher, umweltverträglich und preisgünstig an und leisten einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaftsentwicklung. Mit den über 2.500 Beschäftigten in Schleswig-Holstein erwirtschafteten die kommunalen Unternehmen über alle Sparten hinweg Umsatzerlöse in Höhe von über 1 Mrd. Euro. Die Investitionen beliefen sich auf mehr als 150 Mio. Euro. Der ganz überwiegende Teil davon fließt in Form von Aufträgen an Unternehmen in der Region. Die kommunalen Stadt- und Gemeindewerke tragen eine besondere Verantwortung für die Energiewende.

## **II. Zusammenfassung**

Der VSHEW begrüßt den Antrag sich für den Ausstieg aus dem Einsatz aller auf dem Wirkstoff Glyphosat basierenden Herbizide einzusetzen.

### **III. Im Einzelnen**

Das Umweltbundesamt hat in einer Studienauswertung ermittelt, dass Glyphosat an ca. 66.662 und sein Metabolit AMPA an 51.652 Grundwassermessstellen in Europa bestimmt wurde.

Konzentrationen von Glyphosat über dem Grenzwert von 0,1 µg/l fanden sich u.a. in Italien, Deutschland, Niederlande, Dänemark, Norwegen, Frankreich und Spanien. Auf Basis der von der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) erhobenen Daten für Deutschland ist ersichtlich, dass Glyphosat in den Jahren 2008, 2009 und 2011 in 0,4 bis 0,5 % der Messproben (bei mehr als 1.500 Messungen/Jahr) in Konzentrationen größer 0,1 µg/l im Grundwasser analysiert wurde.

Wir schließen uns der Auffassung des Umweltbundesamtes an wonach das derzeitige Risikomanagement zum Schutz der biologischen Vielfalt vor den Auswirkungen des Einsatzes von Glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln nicht ausreicht.

Die internationale Agentur für Krebsforschung der WHO hat veröffentlicht, dass Glyphosat wahrscheinlich krebserzeugend für den Menschen sei. Das Bundesinstitut für Risikobewertung als zuständige deutsche Behörde hingegen bleibt auch nach Prüfung der WHO-Veröffentlichung bei seiner Auffassung, dass Glyphosat kein Risiko birgt, Krebs zu erzeugen.

Wir schließen uns der Auffassung der Bundesumweltministerin an wonach dieser Widerspruch vor einer Verwendung von Glyphosat aufgeklärt werden muss.

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass der Eintrag von Chemikalien und Fremdstoffen in den Boden vor dem Hintergrund der häufig unbestimmten Veränderungsprozesse auf dem Weg in Grund- und damit Trinkwasser vermieden werden muss.

Es darf nicht sein, dass der Verbraucher ggf. Jahre später für die Kosten der Beseitigung von Schadstoffen aus dem Grundwasser aufkommen muss.